

»» Horizontale Ungleichheit als Konflikttreiber: Was sagt die Wissenschaft?



Nr. 11, 11. November 2021

Autoren: Leonie Willenbrink und Dr. Maria Ziegler
Redaktion: Nadine Kuch

Wurden kriegerische Auseinandersetzungen früher vornehmlich zwischen Staaten geführt, so handelt es sich heute primär um bewaffnete Konflikte innerhalb von Ländern. Wissenschaftliche Analysen weisen darauf hin, dass Ungleichheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen („horizontale“ Ungleichheit) in vielen Fällen ein entscheidender Treiber von internen Konflikten ist. Einige zentrale Erkenntnisse aus der Konfliktforschung zum Zusammenhang zwischen horizontaler Ungleichheit und bewaffneten Konflikten werden nachfolgend zusammengefasst.

Kombination aus wirtschaftlicher und politischer horizontaler Ungleichheit ist besonders „explosiv“

Viele Studien zeigen, dass eine Kombination aus verschiedenen horizontalen Ungleichheiten die Wahrscheinlichkeit von Konflikten deutlich erhöht. Die Verknüpfung politischer Ungleichheiten (Ausschluss oftmals ethnisch definierter Gruppen von der politischen Macht) und wirtschaftlicher horizontaler Ungleichheiten (ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen zwischen Gruppen) ist dabei zentral. Soziale horizontale Ungleichheit (z. B. Zugang zu Bildung und Gesundheit) ist hingegen weniger erforscht. Allerdings deuten Studien darauf hin, dass auch hier Konfliktpotenzial besteht, z. B. wenn Regierungen und dominante ethnische Gruppen eine diskriminierende Bildungspolitik umsetzen.

Motive, Identitäten und Gelegenheiten fördern den Ausbruch eines gewaltsamen Konfliktes

Ursachen für Konflikte sind sehr komplex und kontextabhängig. Motive, Identitäten und Gelegenheiten sind jedoch wichtige Voraussetzungen, um Gruppen zu mobilisieren. Sie verstärken das Konfliktpotenzial, wenn sie gemeinsam auftreten.

Ein kollektives Motiv entwickelt sich

dadurch, dass Individuen den Status ihrer Gruppe mit dem anderer Gruppen vergleichen, die objektive Situation als ungleich und ungerecht oder die eigene Position als bedroht wahrnehmen und die Schuld dafür einer anderen Gruppe oder der Regierung zuweisen.

Diese Bedingungen sind wahrscheinlicher, wenn Identitäten stark ausgeprägt sind, also die Identifikation der einzelnen Gruppenmitglieder mit der Gruppe (und somit Homogenität innerhalb von Gruppen) hoch ist.

Gelegenheiten (opportunities) sind ebenfalls ein wichtiger Faktor, der Gruppen mobilisiert. Sie beziehen sich z. B. auf den Zugang zu Naturressourcen oder Finanzierungsquellen und das Auftreten von Schocks wie z. B. eine Preiserhöhung von Primärgütern. Auch eine starke Führung (leadership) von Gruppen fördert das Konfliktpotenzial.

Inklusive Institutionen können gewaltsame Konflikte vermeiden helfen

Verschiedene Kontextfaktoren können den Effekt von horizontaler Ungleichheit auf Konflikte nivellieren. Dazu gehören insbesondere inklusive Institutionen, die proportionale Repräsentation ermöglichen, sowie eine Teilung der politischen Macht zwischen zentralen und subnationalen staatlichen Institutionen. Bezüglich einer Dezentralisierung von Macht auf die lokale Ebene deutet die Forschung allerdings darauf hin, dass sich Konflikte auf nationaler Ebene zwar verringern können. Dies geschieht jedoch häufig auf Kosten der Zunahme von Konflikten auf lokaler Ebene.

Entwicklungszusammenarbeit (EZ), die Ungleichheiten reduziert und (ausgleichende) Institutionen stärkt, kann krisenbewältigend und präventiv wirken

Die Art horizontaler Ungleichheit, die Wahrnehmung, Anzahl, Homogenität und Identität von Gruppen sowie Kon-

textfaktoren, wie das politische-administrative System, interagieren miteinander und beeinflussen die Wahrscheinlichkeit von gewaltsamen Konflikten. Eine wirksame Konfliktbewältigung und -prävention muss grundsätzlich „von innen heraus“ erfolgen. Die EZ kann jedoch insbesondere in folgenden Bereichen wirksame Unterstützung anbieten:

- Abbau infrastruktureller Versorgungsungleichheiten (z. B. Zugang zu Trinkwasser, Grundbildung, Basisgesundheit, Transportanbindung, Energie etc.)
- Stärkung sozio-ökonomischer Potentiale benachteiligter Gruppen (z. B. Förderung von Kleinunternehmen, Maßnahmen zur Förderung der Gleichberechtigung, langfristige Beschäftigungsförderung, soziale Grundsicherung)
- Förderung partizipativer und inklusiver Prozesse und Institutionen, die zu einer Reduzierung von Ungleichheiten beitragen, Machtgefälle zwischen Gruppen und staatlichen Ebenen abbauen und die Beziehungen zwischen separierten Gruppen verbessern (z. B. Abbau rechtlicher Diskriminierungen, Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements („civic space“) und politischer Partizipation, Stärkung der demokratischen Rechte und Kontrollen („checks & balances“), Förderung von Transparenz und Rechenschaftslegung etc.).

Fazit

Erfolgreiche Krisenbewältigung und -prävention erfordern eine hohe Konfliktsensibilität unter Berücksichtigung des „Do-No-Harm-Prinzips“ und sind i. d. R. nicht kurzfristig und durch Einzelmaßnahmen erreichbar, sondern erfordern meist längerfristige, gut aufeinander abgestimmte Maßnahmen aus den o. g. Bereichen. ■